

Klimawandel verursacht keine Inflation

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

H. Sterling Burnett

In einer aktuellen Studie in der Zeitschrift *Nature: Communications Earth and Environment* wird behauptet, der Klimawandel trage zur Preisinflation bei. Die Autoren der Studie sagen, dass der Klimawandel die wirtschaftliche Produktivität und die Lebensmittelproduktion beeinträchtigt, was zu höheren Preisen führt. Sie untersuchten mehr als 27 000 monatliche Datenpunkte des Verbraucherpreisindex' rund um den Globus.

Ich kann gar nicht beschreiben, inwiefern diese Behauptung nicht nur schlichtweg falsch, sondern auch auf eine Art und Weise irreführend ist, die eindeutig darauf abzielt, Beschränkungen für die Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe zu motivieren, eine Politik, die tatsächlich die Energiepreise erhöhen, die Nahrungsmittelproduktion schädigen und zu Arbeitsplatzverlusten, höheren Preisen und niedrigeren Einkommen führen würde. Politische Entscheidungsträger, die diese Studie ernst nehmen, könnten politische Maßnahmen ergreifen, die ihrerseits zu einer schlimmeren Inflation führen würden als die, welche die Welt derzeit erlebt und die zum Teil auf die bestehende Klimapolitik zurückzuführen ist.

Ein Artikel der Redaktion der Zeitschrift *Issues & Insights* mit dem Titel „Have We Reached Peak Climate Nuttery?“ (Haben wir den Höhepunkt der Klima-Narretei erreicht?) fasst die törichte Natur dieser Behauptung gut zusammen. Um fair zu sein, kann ich nicht sagen, dass die Verbindung zwischen Klimawandel und Inflation die verrückteste angebliche Verbindung ist, die ich von einigen Wissenschaftlern und den Medien gesehen habe. Schließlich haben einige schon einmal behauptet, der Klimawandel trage zu Scheidungen, Geisteskrankheiten, Hyperaktivität, Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern, steigender Kriminalität, steigendem Drogenkonsum, „kultureller Erosion“ und der erhöhten Wahrscheinlichkeit von Kollisionen mit Weltraumsatelliten bei, neben unzähligen anderen angeblichen Schäden, die alle nichts mit dem Klimawandel zu tun haben, außer in den verdrehten Köpfen dieser Forscher und Medien.

Dennoch ist es offensichtlich idiotisch, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen. In erster Linie, um es mit den unsterblichen Worten des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman zu sagen: „Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen, in dem Sinne, dass sie nur durch einen schnelleren Anstieg der Geldmenge als der Produktion hervorgerufen wird und werden kann.“ Als man mich um

einen Kommentar zu dem lächerlichen Versuch bat, den Klimawandel mit der Inflation in Verbindung zu bringen, sagte ich, dass der Klimawandel kein Geld druckt und auch keine neuen Programme schafft oder die Staatsausgaben erhöht, die Geld in die Wirtschaft pumpen, wenn die Produktivität nicht steigt, und damit die Fähigkeit privater Unternehmen beeinträchtigt, Zugang zu Kapital für produktive Zwecke zu erhalten, die nicht vom Staat sanktioniert oder subventioniert werden.

Die Behauptung, dass der Klimawandel zu einer Verschlechterung verschiedener Wettertrends führt, die die Regierungen dazu zwingen, Geld zu drucken und auszugeben und damit zur Inflation beizutragen, sollten wir schnell aus der Welt schaffen. *Climate at a Glance* hat sich jedes der Wetterereignisse angesehen, von denen Alarmisten behaupten, dass sie aufgrund des Klimawandels häufiger oder schwerer werden. Ob [Dürre](#), [Überschwemmungen](#), [Hitzewellen](#), [Hurrikane](#), Anstieg des [Meeresspiegels](#), [Tornados](#) oder [Waldbrände](#) – die in *Climate at a Glance* präsentierten Daten und die Aussagen des [IPCC](#), dem vermeintlichen Goldstandard der Klimaforschung, liefern keine Beweise dafür, dass sich einer dieser Trends verschlechtert. Einige haben sich sogar verbessert. Es gibt also keine Anzeichen für Schäden durch den Klimawandel oder eine durch den Klimawandel verursachte Inflation.

Die Inflation hat sich stark auf die Lebensmittelpreise ausgewirkt, aber die Behauptung, dass der Klimawandel zum Inflationsdruck auf die Lebensmittelpreise beiträgt, steht auf noch wackligem Boden als die Annahme, dass er die oben genannten Wetterereignisse verursacht. Wie bei [Climate Realism](#) in mehr als 200 Beiträgen gezeigt, sind die Nahrungsmittelproduktion und die Erträge für die meisten Kulturen in den meisten Ländern und Regionen und für die Welt als Ganzes drastisch gestiegen, als sich die Erde leicht erwärmt hat, was zum Teil auf den CO₂-Düngeeffekt zurückzuführen ist. Grundlegende Getreidekulturen, Zweitfrüchte, Obst, Hülsenfrüchte und Gemüse haben bei der anhaltenden leichten Erwärmung wiederholt neue Rekorde aufgestellt. Wenn der Klimawandel zu einer höheren Nahrungsmittelproduktion beiträgt, und das tut er, dann kann er nicht die Ursache für höhere Nahrungsmittelpreise sein.

In Europa und anderswo haben die Maßnahmen, die den Landwirten zur Bekämpfung des Klimawandels auferlegt wurden, zu leeren Ladenregalen, höheren Preisen, Unruhen und Bauernprotesten geführt, die Regierungen zu Fall gebracht und Wahlen verschoben haben. Und da landwirtschaftliche Erzeugnisse international gehandelt werden, haben die Auswirkungen der europäischen und (in geringerem Maße) der bisher eher indirekten Hürden seitens der Regierung Biden bzgl. der Lebensmittelproduktion auferlegt hat, auf die Volkswirtschaften in aller Welt übergegriffen und die Lebensmittelpreise überall in die Höhe getrieben. Einige Menschen hungern, andere haben weniger Geld in der Tasche, das sie für andere Waren und Dienstleistungen ausgeben können, darunter auch für andere lebensnotwendige Dinge, da der Bedarf an Lebensmitteln relativ unelastisch ist – jeder muss essen – so dass die Nachfrage hoch bleibt,

während die Regierungen die Produktion unterdrücken.

Die Energiepreise sind ebenfalls gestiegen, da die europäischen Regierungen und die Regierung Biden Beschränkungen für die Entwicklung und Nutzung fossiler Brennstoffe sowie neue Emissionsvorschriften erlassen haben.

Wie in einem Artikel des Heartland Institute mit dem Titel „Biden Energy Policies Cost U.S. Households More Than \$2,300 Since 2021“ (Bidens Energiepolitik kostet US-Haushalte mehr als 2300 Dollar seit 2021) beschrieben, hat die Politik der Biden-Regierung allein in den ersten zwei Jahren den durchschnittlichen amerikanischen Haushalt 2300 Dollar an höheren Energiekosten gebracht. Biden hat die Entwicklung bereits genehmigter Pipelines blockiert und rückgängig gemacht, Öl- und Gasverpachtungspläne verzögert, gesetzliche Fristen monatelang versäumt, die geringste Anzahl von Energieproduktions-Pachtverträgen seit den 1940er Jahren ausgestellt und wiederholt gesetzlich vorgeschriebene Öl- und Gaspachtverkäufe rückgängig gemacht, die erste direkte Bundessteuer auf Methanemissionen verabschiedet und die Pachtgebühren für Onshore-Pachtverträge verdoppelt. Diese und andere Maßnahmen haben die Kosten für Erdgas, Öl, Benzin, Diesel und Flugbenzin in die Höhe getrieben. Bis Juni 2023 haben Bidens Maßnahmen die Strompreise für Privathaushalte um 17 Prozent, die Strompreise für die Industrie um 34 Prozent, die Heizölpreise um 88 Prozent, die Ölpreise um 61 Prozent und die Erdgaspreise um 51 Prozent erhöht.

Energie ist für jede produzierte und gelieferte Ware und Dienstleistung von entscheidender Bedeutung, so dass die Preise für alles andere entsprechend gestiegen sind. Die Beschränkungen für fossile Brennstoffe sind eine der Hauptursachen für den Anstieg der Lebensmittelpreise durch die Regierung Biden. Fossile Brennstoffe sind für jeden Schritt des Prozesses der Lebensmittelproduktion von grundlegender Bedeutung, angefangen bei den Chemikalien, die für Düngemittel und Pestizide verwendet werden (für die Biden Einfuhrbeschränkungen erlassen hat), bis hin zu den Kraftstoffen, die für Traktoren, Lagereinrichtungen, Gefrierschränke und die Lastwagen verwendet werden, welche die Lebensmittel vom Feld zum Markt transportieren. Höhere Kraftstoffpreise bedeuten höhere Lebensmittelpreise.

Hinzu kommen all die Gelder, die die US-Regierung und Regierungen auf der ganzen Welt im Zusammenhang mit dem Wuhan-Coronavirus in die Wirtschaft gesteckt haben, um auf die von den gleichen Regierungen verhängten Einfuhrbeschränkungen zu reagieren. In den Vereinigten Staaten wurden die Ausgaben über die Covid-19-Krise hinaus fortgesetzt, und zwar mit dem lächerlich benannten Inflation Reduction Act, der Hunderte von Milliarden neuer Dollar für die Bekämpfung des Klimawandels vorsah. Durch die mehrfachen Ausgabenerhöhungen der Biden-Regierung wurden Billionen von Dollar in die Wirtschaft gepumpt, und das zu einer Zeit, als die Kraftstoffproduktion zum Erliegen kam oder durch die von den Regierungen verhängten Abriegelungen stark eingeschränkt war, was

auch zu Problemen in der Lieferkette führte.

Das „kostenlose“ Geld der Steuerzahler floss rasch in die Hände der Menschen und steigerte die Nachfrage, während die Produktion nur langsam oder gar nicht stattfand. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führte zu der höchsten Inflation seit Jahrzehnten. Das ist das Einmaleins der Wirtschaftswissenschaften: Wenn die Nachfrage hoch, das Angebot aber niedrig ist, steigen die Preise, bis die Nachfrage nachlässt und/oder das Angebot aufholt.

Der Klimawandel verursacht keine Inflation. Das kann er auch nicht, denn die Inflation ist ein Produkt der Geld- und Steuerpolitik, auf die das Klima keinen Einfluss hat. Die Klimapolitik und die Ausgaben der Regierung hingegen haben direkt zu höheren Lebensmittel- und Kraftstoffpreisen geführt, wobei letztere einen sich aufschaukelnden Effekt in der gesamten Wirtschaft haben.

Quellen: [Issues & Insights](#); [Issues & Insights](#); [The Heartland Institute](#); [Nature: Communications Earth & Environment](#)

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2024/04/climate-change-weekly-502-climate-change-is-not-causing-inflation/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Höllensfrühling jetzt schon bei 26°C – Minister Lauterbach und Medien warnen vor apokalyptischen Hitzewellen

geschrieben von AR Göhring | 9. April 2024

von Hitzewarner AR Göhring, Dr. rer. apokal.

Das Ende naht!

Prof. Dr.Dr.med. Karl Lauterbach, DER Mann für Wissenschaft aller Art in der Bundesregierung, warnt in einer aktuellen Verlautbarung seines Kontos auf TwitterX vor bevorstehenden Hitzewellen, die die Erde unbewohnbar machen werden.



Prof. Karl Lauterbach ✓

@Karl_Lauterbach



Früher hätte man sich über besonders warme Frühjahrsstage einfach nur gefreut. Heute schwingt (außer für die @AfD Ignoranten) das Wissen im Hintergrund mit, dass die Erde ohne Wende für unsere Kinder unbewohnbarer wird. Eine schnelle Energiewende wäre die beste Erbschaft für sie



Prof. Stefan Rahmstorf 🌍 🐘 ✓ @... · 3 T

Merkt ihr eigentlich etwas?

Versteht ihr wohin das führt, wenn nicht sehr schnell und mit höchster Priorität gegengesteuert wird?

...

19:18 · 05 Apr. 24 · **14,6K** Mal angezeigt

16 Reposts **5** Zitate

193 „Gefällt mir“-Angaben **3** Lesezeichen

Die Quantitätsmedien erklärten den Februar 2024 bereits zum heißesten seit 125.000 Jahren, mindestens aber seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen 1881!

Es kann keinen Zweifel mehr geben!

Es gibt keinen Zweifel mehr: Das Ende ist nah, und wir werden alle sterben! Entweder an Hitze & Dürre, wie von Prof. Lauterbach gerade angekündigt, oder an Tsunamis & Kälte, wie von Golfstrom-Experte Prof. Stefan Rahmstorf und Kollege Roland Emmerich aus Hollywood/USA 2004 (*The day after tomorrow*) seit Jahren gepredigt!

„Beruhigende“ Aussagen wie von Physiker Nicola Scafetta aus der Mafiastadt Neapel, die den Anstieg der Temperaturen seit 1881 sogenannten „urbanen Wärmeineffekten“ zuschreiben, sind rechte Schwurbelei und werden nur von @AfD-Ignoranten geglaubt, vor denen Herr Lauterbach ja eigens warnt.

Klima weltweit kippt!

Die Quantitätsmedien zeigen in ihren Nachrichten, daß das vom Industrie-CO₂ aufgeheizte Klima des gesamten Planeten kippt! Beweis: Die Flußpegel am Amazonas fielen 2023 auf historisch niedrige Stände! Und die Korallenriffe sterben auch wegen der Hitze!

Die *Normieschau*, ein KI-Ableger der *Tagesschau*, sagt daher einen Höllensommer vorher!

EIKE empfiehlt: Stürmen Sie die Rathäuser Ihrer Stadt und verlangen Sie vom Bürgermeister die SOFORTIGE Einrichtung von Hitzeschutzräumen für vulnerable Gruppen wie Senioren und Kinder!

Was man bei Waldbränden alles falsch machen kann – Klimaschau 179

geschrieben von AR Göhring | 9. April 2024

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende. Thema der 179. Ausgabe: Waldbrände: Lieber viele kontrollierte kleine als wenige unkontrollierte große.

Hinweis: Die Folge 179 erscheint aus technischen Gründen ausnahmsweise außer der Reihe.

Es ist an der Zeit, den Glattwal vor der Grün-Linken zu retten

geschrieben von Chris Frey | 9. April 2024

[Craig Rucker](#)

In den sechziger und siebziger Jahren war „Rettet die Wale“ die exklusive Domäne der politischen Linken.

Wie Bob Dylan sagen würde, „the times they are a changin“.

Drei große „konservative“ Organisationen – das National Legal Policy Center, das Heartland Institute und meine Organisation, das Committee For A Constructive Tomorrow CFACT – haben kürzlich vor einem Bundesgericht in Washington, D.C., eine große [Klage](#) eingereicht, um den Glattwal vor dem drohenden Aussterben zu bewahren.

Warum schließen sich die größeren grünen Gruppen, im Gegensatz zu den Basisgruppen, nicht den Bemühungen dieser Organisationen zur Rettung der Glattwale an? Gute Frage. Vielleicht liegt es daran, dass die Bedrohung für die verbleibenden 350 Wale nicht von russischen, norwegischen oder japanischen Walfangschiffen ausgeht, wie es in den 70er Jahren der Fall war. Vielmehr geht sie von der so genannten „grünen Energie“ in Form von [Offshore-Windkraftanlagen](#) aus. Die Glattwale werden durch die Pläne der Biden-Regierung bedroht, im Eiltempo 30.000-MW-Windkraftanlagen vor der Ostküste zu errichten, und zwar ohne eine angemessene Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie beispielsweise bei der Offshore-Ölförderung durchgeführt werden müsste.

Die kollektive Entscheidung unserer Organisationen, das Thema Walschutz vor Gericht zu bringen, kam nach zwei Jahren vergeblicher Versuche, die Regierung Biden zum Zuhören zu bewegen. Die Entwicklung der Offshore-Windenergie bedroht den fast ausgestorbenen Nordatlantischen Glattwal auf verschiedene Weise, und die Regierung weigert sich, Untersuchungen anzustellen.

Die beiden Behörden, die gemeinsam dafür verantwortlich sind, dass die Windenergieentwicklung den Walen nicht schadet, sind das Bureau of Ocean Energy Management (BOEM) des Innenministeriums, das den Bau von Windkraftanlagen überwacht, und der National Marine Fisheries Service (NMFS oder NOAA Fisheries) des Handelsministeriums, der die verschiedenen Gesetze zum Schutz der Wale durchsetzt. Keiner von beiden scheint die Absicht zu haben, seine Arbeit zu [machen](#).

In ihrer „biologischen Stellungnahme“ vom vergangenen September

untersuchte die NMFS beispielsweise nur die Auswirkungen, die jedes dieser Projekte einzeln und für sich genommen auf den Nordatlantischen Glattwal haben würde. Die Behörde hat nicht, wie sie es hätte tun sollen, eine umfassende und kumulative Analyse erstellt, in der die kombinierten Schäden untersucht werden, die alle Projekte zusammen den Walen auf ihrem jährlichen Wanderweg zufügen würden.

Hätte sie dies getan, hätte sie aufgedeckt, dass gefährliche, von mehreren Projekten ausgehende Geräusche in Kombination viel lauter und gefährlicher für die Meeressäuger sind als Geräusche, die nur von einem einzigen Projekt ausgehen. Tatsächlich können sich die Auswirkungen auch im Laufe der Zeit summieren, etwa wenn ziehende Glattwale wiederholt gezwungen sind, ein Dutzend Windkraftanlagen zu umgehen und in stark befahrene Schifffahrtswege zu gelangen. Das Risiko, von einem Schiff angefahren zu werden, ist dann zehnmal größer als bei einem einzelnen Projekt.

Wahrscheinlich ist dies der Grund dafür, dass der Endangered Species Act ausdrücklich die Bewertung kumulativer Auswirkungen wie dieser fordert, aber die Biden-Regierung hat diese Anforderung ignoriert.

BOEM und NMFS behaupten, es gäbe keine **Beweise** für eine Bedrohung der Wale. Aber das ist nur eine Vertuschung. Der rapide Rückgang der Glattwalpopulation begann 2017, dem Jahr, in dem der Ausbau der Offshore-Windkraft ernsthaft begann. Die Todesrate bei den Buckelwalen verdreifachte sich im selben Jahr und ist weiterhin ungewöhnlich hoch.

Die **NMFS** liefert sogar höchstselbst einige der stärksten Beweise. Für jedes Windkraftprojekt schätzt sie die Anzahl der Meeressäuger nach Arten, die durch Baulärm beeinträchtigt werden, was sie als „Level B Harassment“ bezeichnet. Für Glattwale ist die kumulative Summe der vorhergesagten Level-B-Belästigungen, die die Regierung projiziert und zulässt, bereits etwa doppelt so hoch wie die Gesamtpopulation des Säugetiers ... Tendenz weiter steigend.

Warum ist das ein großes Problem? Weil eine solche Belästigung leicht zum Tod eines Wals führen kann. Das kann zum Beispiel passieren, wenn der Geräuschpegel einer in Betrieb befindlichen Turbine die Navigation eines Meeressäugers stört und ihn in den dichten Schiffsverkehr oder in Fischernetze treibt. BOEM und NMFS haben sich geweigert, diese tödliche Möglichkeit in Betracht zu ziehen, nicht einmal für ein einzelnes Projekt wie den Windpark von Dominion Energy vor Virginia Beach, geschweige denn kumulativ. In der Zwischenzeit sterben immer mehr Wale durch Schiffsanprall und Verwicklungen in Fischernetzen, da die Entwicklung der Offshore-Windkraft rücksichtslos vorangetrieben wird.

Der durch Belästigung verursachte Tod ist nur eine von vielen potenziell tödlichen Bedrohungen, die BOEM und NMFS sich weigern zu bewerten. Es gibt noch andere, die wir angeführt haben, darunter der Verlust von Lebensraum, die Verringerung des Nahrungsangebots und der konzentrierte

Schiffsverkehr. Deshalb bitten wir das Gericht, die Regierung dazu zu verurteilen, dass sie eine solche Untersuchung für alle Offshore-Windprojekte kumulativ durchführt, so wie es nach der ESA erforderlich ist.

„[Rettet die Wale](#)“ ist mehr als ein Slogan. Es sollte eine Richtlinie sein, die unsere Bundesbehörden eifrig umsetzen. Aber wenn sie das nicht tun, dann sollten sie sich nicht wundern, wenn aus allen Ecken des öffentlichen Interesses Klagen auf sie zukommen – auch von uns Rechten.

This article originally appeared at [Real Clear Policy](#).

Link:

<https://www.cfact.org/2024/04/03/time-to-save-the-right-whale-from-the-green-left/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Experten – Schwedischer Windkraftsektor kurz vor völligem Zusammenbruch – Trotz starker Staatssubventionen – marktgerechter Strom nicht lieferbar

geschrieben von Admin | 9. April 2024

Trotz Subventionen in Milliardenhöhe steht Schwedens angeschlagene Windindustrie am Rande des völligen finanziellen Zusammenbruchs. Die Mehrheit der schwedischen Windkraftunternehmen stecken in der Krise, verlieren Geld und haben keine Hoffnung auf eine Erholung.

Im folgenden Artikel berichtet Carl Deconinck von Brüssel Signal über die Arbeit der beiden Ökonomen Christian Sandström und Christian Steinbeck, die zu dem Schluss kommen, dass der Zusammenbruch der Branche nicht nur unvermeidlich, sondern unmittelbar bevorsteht.

von Volker Fuchs

Experten warnen, dass dem schwedischen Windkraftsektor eine eisige Pleitewelle bevorsteht

Carl Deconinck 1. März 2024

Zwei schwedische Ökonomen haben gewarnt, dass die **Windkraftindustrie** des Landes vor einer **Insolvenzwelle** stehe.

- Christian Sandström und Christian Steinbeck analysierten die Jahresberichte von Windkraftunternehmen in Schweden und ihre Arbeit offenbarte „erhebliche finanzielle Probleme“, sagten sie am 28. Februar gegenüber dem schwedischen Medienunternehmen Kvarital .
- „Der Gesamtverlust für die Jahre 2017–2022 belief sich auf 13,5 Milliarden schwedische Kronen [1,2 Milliarden Euro], was einer Verlustmarge von 39 Prozent entspricht“, hieß es über den Sektor.
- Den Jahresberichten zufolge scheinen solch hohe Verluste für Windkraftunternehmen in Schweden eher die Regel, als die Ausnahme zu sein.

Die schwedische Regierung hat ihre nationale Energiepolitik in eine „grüne“ Richtung gelenkt, indem sie die Windenergie gefördert und Kernkraftwerke stillgelegt hat. Doch die Kosten scheinen viel schmerzhafter zu sein als bisher angenommen, betonten die Ökonomen.

Sandström und Steinbeck weisen seit einiger Zeit auf Rentabilitätsprobleme im Windsektor hin,

- „obwohl Lieferanten von staatlicher Unterstützung durch Stromzertifikate profitieren und
- von der Übernahme der gesamten Kosten im Zusammenhang mit der Netzanpassung für Windenergie oder der Abschreibung von Grundstücken in der Nähe von Anlagen befreit sind“.

Seit den ersten Erkenntnissen der Ökonomen steht **Markbygden Ett**, Schwedens größte Windparkanlage mit 179 Turbinen, bereits **vor dem Bankrott** und hat **Hunderte Millionen Kronen** Schulden angehäuft.

- Das Unternehmen ist nicht allein – **viele andere** alternative Energieunternehmen in Schweden sind in **Schwierigkeiten** .
- Sandström und Steinbeck wiesen darauf hin, dass der Sektor insgesamt seit 2017 in keinem Jahr einen Gewinn erzielt habe.
- Die **Unternehmensverluste** lagen zwischen 2017 und 2022 zwischen **19 und 90 Prozent** des Umsatzes, sagten sie.

„Die Verluste sind einfach darauf zurückzuführen, dass die Industrie trotz umfangreicher Subventionen keinen Strom zu marktgerechten Kosten produzieren kann, stellten die Ökonomen fest. – „Das würde jede andere Branche in den Ruin treiben, obwohl die Investitionsquote sehr hoch war.“

- Sowohl neuere als auch ältere Anlagen in der stark subventionierten Industrie verlieren Bargeld, wobei Skaleneffekte ebenfalls eine

Einschränkung darstellen.

- Die **größten Windparks machen die größten Verluste** und nur mittelgroße Windparks mit 20 bis 30 Turbinen erwirtschaften überhaupt Gewinne und diese kann man bestenfalls als „bescheiden“ bezeichnen.
- Die Kosten konnten trotz zunehmender Erfahrung der in diesem Sektor tätigen Unternehmen nicht gesenkt werden.
- „So wie Seeleute auf Segelschiffen früher zu höheren Mächten beten mussten, damit der Wind irgendwo hinkommt, können Windparks nur auf die richtige Windmenge warten“, fügten sie hinzu – **Alles ist dem Wetterzufall überlassen.**

Darüber hinaus sind nur 20 Prozent der Windkraftanlagen in Schweden in schwedischem Besitz. Der Rest wird von ausländischen Unternehmen betrieben. Etwa 13 Prozent der untersuchten Anlagen sind Chinesen.

Sandström und Steinbeck sagten, die chinesischen Investoren hätten ihre Berechnungen auf der Grundlage von „Windkartierungen“ der schwedischen Energieagentur erstellt und sie hätten Zweifel an der Genauigkeit der Daten.

- Auch die Tatsache, dass weite Teile der schwedischen Windkraftindustrie den Strom nicht über die Erzeugung hinaus übertragen oder speichern können, dämpft die Gewinne, was bedeutet, dass Strom sofort oder gar nicht verbraucht werden muss – was ihn praktisch nicht nachhaltig macht.
- Einige Windparks im Süden des Landes haben in den letzten Jahren finanziell an Dynamik gewonnen, alle anderen verzeichnen jedoch mehr Verluste.

Die Wissenschaftler stellten fest, dass die **Änderung im schwedischen Energiemix** – Stilllegung von Kernkraftwerken zugunsten von Windkraft – **politisch motiviert** war und dass sich in der Folge **keine robuste, finanziell unabhängige Industrie** herausgebildet hat.

Auch in der Branche gebe es ein eigenartiges **kostentreibendes Paradoxon**, betonten die Ökonomen. **Schwacher Wind** führt zu **hohen Strompreisen**, **behindert** aber auch die **Stromlieferung**.

- Wenn der **Wind** jedoch hingegen **stärker** ist, **drückt das Überangebot auf die Preise**, da genügend Strom zum Verkauf steht.
- „Es ist **schwierig, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden**“, schlussfolgerten Sandström und Steinbeck.